

Marcus Havel:  
Die normalisierte Nation  
Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland  
Mit einem Vorwort von Moshe Zuckermann,  
Hannover: Offizin 2007

ISBN 978-3-930345-50-2  
24,80 €

Link zum Buch beim Offizin-Verlag:  
<http://www.offizin-verlag.de/buch.php3?ID=55>

**Leseprobe:**  
Teil III, Kapitel 3  
S. 377-408

## Militärunion – Die Entstehung einer autarken europäischen Militärmacht

### *Die sukzessive Auflösung der transatlantischen Westbindung?*

Wie in den vorangegangenen Abschnitten bereits aufgezeigt, muß der deutsche Staat mit Hilfe der europäischen Integration eine neue Rolle in der Weltpolitik zu spielen versuchen. Die von Konrad Adenauer in den 1950er Jahren in die Wege geleitete Westbindung spielte dabei noch unter der Bundeskanzlerschaft Helmut Kohls als »atlantische Orientierung« eine wesentliche Rolle in Form einer staatsrationalen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik, die nach der deutschen Einheit im Zuge der Berliner Republik zuerst von Konservativen zunehmend in Frage gestellt wurde. »Kohls atlantische Orientierung gehört zum kollektiven Gedächtnis einer bestimmten Generation, zu einem Gedächtnis, das in der politischen Klasse der Bonner Republik nicht anders beschaffen sein konnte, in der Berliner Republik aber nur eine der möglichen Optionen darstellt.«<sup>1</sup>

Im Zuge der deutschen Einheit begannen Konservative die vermeintlich fehlende nationale Identität der Deutschen zu beklagen und dafür die jahrzehntelange Tradition der Westbindung, das heißt die »Verwestlichung des Landes« verantwortlich zu machen.<sup>2</sup> Als außenpolitische Konsequenz wollten diese konservativen Kritiker der Westbindung unter anderem die Emanzipation des deutschen Staates von der NATO durchsetzen sowie die Schaffung eines verteidigungspolitischen Surrogates (ESVP), die auf eine von Deutschland dominierte Europäische Union – selbständig und unabhängig von den USA – hinauslaufen sollte. Die Forderung nach bündnispolitischer Neutralität, die im Zuge der deutschen Einheit von einigen gefordert wurde, war gleichsam eine völlig illusionäre Option. Denn niemals hätten die europäischen und transatlantischen Mächte ohne entsprechende Sicherheitsgarantien (Bündnisverpflichtungen) es zugelassen, daß beide deutsche Staaten sich vereinigen und damit ein neuer Riese auf dem Kontinent entsteht, der alle dominieren oder sogar zu einem verteidigungspolitischen Sicherheitsrisiko werden könnte. Darüber hinaus hätte die

---

<sup>1</sup> Andrei S. Markovits / Simon Reich: *Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht. Mit einem Vorwort von Joschka Fischer*, Berlin 1998, S. 327.

<sup>2</sup> Vgl. Brigitte Seebacher-Brandt: »Die Linke und die Einheit – Unwägbarkeiten der deutschen Geschichte«, in: *FAZ* vom 21. November 1989, S. 33.

Bundesrepublik vor allem auch nicht die Zustimmung der beiden Supermächte, den USA sowie der Sowjetunion, zur deutschen Einheit erlangen können, solange wie mit Wiedervereinigungsvorstellungen neutrale, jedenfalls eigensinnige Entwicklungsambitionen verknüpft wurden, hätten die Supermächte doch befürchten müssen, ihre seit dem Zweiten Weltkrieg erlangte Vorherrschaft auf dem geteilten europäischen Kontinent zu verlieren.<sup>3</sup> »Erst als sich ein anderer Begriff von Wiedervereinigung herausgebildet hatte, nämlich Ausdehnung nicht nur der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf die ›befreiten‹ Gebiete, sondern Ausdehnung der NATO unter amerikanischer Hegemonie im Idealfall bis zur Curzon-Linie, fanden derartige Vorstellungen Anklang in den USA und wurden sogar Bestandteil des Deutschland-Vertrages von 1952: ›Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichner-Staaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt, und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.‹ (Art. 7 Abs.2).«<sup>4</sup> Zu große Ansprüche der Bundesrepublik auf Gebiete des ehemaligen Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937 wäre darüber hinaus ebenso von den westlichen Alliierten verhindert worden. Diesen ging es nicht um die Wiederherstellung des Reichsgebietes, sondern um die Befreiung der unter sowjetischer Kontrolle befindlichen Satellitenstaaten, mithin auch der DDR.<sup>5</sup>

Zwar ist auch so im Zuge der osteuropäischen Transformation, in deren Kontext die ostdeutsche Demokratiebewegung und der Staatsbankrott der DDR zu sehen sind, die sowjetische Hegemonie in Osteuropa beendet worden, aber die amerikanische Hegemonie in Westeuropa überdauerte den deutschen Einigungsprozeß noch einige Zeit und wird erst durch die Infragestellung der NATO seitens der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in verteidigungspolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht eine »Selbstbehauptung Europas« gegenüber den USA forcieren, sukzessive zurückgedrängt. Die USA hatten von Beginn an in der NATO eine entscheidende Einflußmöglichkeit auf Westeuropa gesehen,<sup>6</sup> indem sie atomaren Schutz gegen die Sowjetunion anboten und im Gegenzug zwar auch Mitwirkung der europäischen Staaten zuließen, aber vorwiegend Unterordnung dieser erwarteten. Auch, wenn die USA durch die NATO nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Hegemonie in Westeuropa sicherten, profitierten bis zur deutschen Einheit ebenfalls die westeuropäischen Länder beträchtlich von der Existenz der NATO – hinsichtlich ihres doppelten Sicherheitsinteresses: Schutz vor den vermeintlichen Expansionsbestrebungen der Sowjetunion einerseits und Sicherheit vor einem vielleicht wiederholbaren aggressiven deutschen Nationalismus, den die Europäer zweimal bereits zu spüren bekommen hatten, andererseits (»doppelte Eindämmung«).

Die NATO-Osterweiterung wurde zunächst als ein explizit deutsches Interesse verstanden, jedenfalls solange, wie die NATO als verbindliche und in militärpolitischer Hinsicht den europäischen Kontinent dominierende und unhintergehbare transatlantische Bündnisstruktur existierte, das heißt nicht durch eigene, autonome europäische Sicherheitsstrukturen ersetzt werden konnte. Ein deutscher Machtzuwachs kommt dadurch zustande, daß zwangsläufig durch eine Osterweiterung insgesamt das Gewicht der Kontinentaleuropäer innerhalb der NATO

---

<sup>3</sup> Vgl. Gerhard Stuby: *Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik. Zur Entwicklung der BRD im Rahmen der US-Globalstrategie*, Heilbronn 1987, S. 201.

<sup>4</sup> Ebd., S. 201f.

<sup>5</sup> Ebd., S. 202.

<sup>6</sup> Ebd., S. 201.

zunimmt, der Einfluß der USA in der NATO und damit in Europa abnimmt. Die Bundeswehr war denn auch bis Mitte der 1990er Jahre die Hauptförsprecherin der NATO-Osterweiterung. Konsequent wurde in der Fachpresse der Bundeswehr diese in »geostrategischen« Begriffen diskutiert. Hierbei kam allerdings neben der Selbstbehauptung Europas gegenüder den USA noch ein anderes gewichtiges und traditionelles Interesse zum Ausdruck: die Orientierung nach Osten in Konkurrenz zu dem Riesenreich Rußland, welches für militärische Sicherheitsstrategen, zum Beispiel Hans Joachim Veen, einen großen und risikoreichen Unsicherheitsfaktor darstellt: »Wenn die NATO sich weiterhin nur als Instrument westlicher Sicherheit versteht, anstatt ihre Rolle bis zur Grenze Rußlands auszuweiten, könnte sie auf längere Sicht zu einer Restgröße im weltpolitischen Kräftespiel schrumpfen, Reminiszenz an das ehemalige »Westeuropa.«<sup>7</sup> Dem deutschen Staat werden Ordnungsaufgaben zugeschrieben, die ihn wenigstens innerkontinental zum »Osteuropa-Polizisten« stilisieren: »Militärisch wird [Deutschland] zum herausgehobenem Hüter des Friedens in Mittelosteuropa: Dies jedenfalls legt aus der Sicht der deutschen Militärpolitiker die geostrategische Lage ihres Landes und dessen herausragendes konventionelles Potential nahe. Deutschland mit einer starken und präsenten Bundeswehr erscheint ihnen als Säule der Stabilität für ganz Europa und in besonderem Maße als strategisches Gegengewicht im Hinblick auf ein Rußland, welches im Augenblick zwar durch innere Schwierigkeiten neutralisiert, das langfristig aber als potentielle Quelle neuer Sicherheitsrisiken dargestellt wird.«<sup>8</sup>

Im Frühjahr 1993 begann der Bundesverteidigungsminister, Volker Röhe, eine offensive Kampagne für die Osterweiterung der NATO, ohne dabei den Konsens mit dem Bundesaußenminister Klaus Kinkel zu suchen. Vor allem aber war es ein Konfrontationskurs zu den USA, denen Röhes Vorstoß nicht sonderlich behagten. Röhes Vorstoß darf auch als eine Reaktion der Bundesregierung auf das zeitgleiche Bestreben der USA bewertet werden, den Aufgabenbereich der NATO sicherheitspolitisch zu erweitern und diese damit zu einem Instrument der »geopolitischen« US-Interessen zu machen. Die US-Regierung war sich im Klaren darüber, daß eine NATO-Osterweiterung den europäischen Stimmen in der NATO und damit dem deutschen Staat mehr und den USA weniger Einfluß beschere, weshalb die US-Regierung eine Rüge gegen die Bundesregierung sowie gegen die Bundeswehrführung aussprach und diesen gegenüber solange die kalte Schulter zeigte, bis deutlich wurde, daß eine Osterweiterung der NATO aufgrund des Betreibens der deutschen Regierung nicht ohne beträchtliches Muskelspiel zu verhindern wäre. Die US-Regierung machte sich, wenn sie den deutschen Staat schon nicht daran hindern konnte, zur Avantgarde der NATO-Osterweiterung, obwohl sie zu dem Ergebnis gekommen war, daß eine solche nicht im unmittelbaren Interesse der USA liegen könne und ihren eigenen Plänen, aus der NATO eine Interventionsarmee zu machen, zuwiderlief. Schlimmer jedoch wäre aus amerikanischer Sicht eine von Deutschland gegen den Willen der USA durchgesetzte NATO-Osterweiterung, weil damit die Rollenverteilung in der »partnership in leadership« zwischen »Großem Bruder« und »Juniorpartner« vertauscht worden wäre. Die Clinton-Administration vollzog schließlich einen Schwenk: Mit einem Male galt Röhe als ein visionärer Vordenker. Das Rollenverhältnis der beiden Staaten

---

<sup>7</sup> Hans Joachim Veen: »NATO – Quo vadis«, *Soldat und Technik* (SuT), 12/1991, S. 809.

<sup>8</sup> Lutz Unterseher: »Deutsche Militärpolitik – Unauffällige Festlegungen für die Zukunft«, a.a.O.; vgl. Klaus Naumann: »Standortbestimmung, Informationen zur Sicherheitspolitik, 35. Kommandeurtagung der Bundeswehr«, November 1995.

geriet scheinbar wieder ins Lot, wenn sich damit auch gleichzeitig das Verhältnis des deutschen Staates zu den europäischen NATO-Staaten trübte.<sup>9</sup>

Auf Betreiben der USA wurde festgelegt, daß die erste Osterweiterung der NATO für das Jahr 1997 anvisiert werde. Für eine Aufnahme in die NATO kamen die ehemaligen Länder des Warschauer Paktes Tschechien, Polen und Ungarn in Betracht. Daß die Aufnahme dieser Länder auf ernsthaften Widerstand Rußlands stoßen würde, war kein Geheimnis. Für den deutschen Staat ergab sich aber mit der NATO-Osterweiterung eine vermeintlich komfortable, geographische Einbettung im militärischen Sicherheitsbündnis. Aufgrund der Verschiebung der NATO-Außengrenze von Ostdeutschland nach Polen, Ungarn und Tschechien würde für Deutschland eine territoriale »Mittellage« hergestellt, aufgrund derer Deutschland nur noch von befreundeten Staaten umgeben wäre und eine kriegerische Bedrohung aus Europa nicht mehr zu befürchten habe, auch wenn konventionelle Kriege in Europa nicht mehr geführt werden und demzufolge die »geostrategische Mittellage« als »geopolitischer« Sicherheitsfaktor eigentlich obsolet geworden ist. Dennoch lag der NATO-Osterweiterung aus »geostrategischen« Erwägungen eine eigenständige deutsche Ostpolitik zugrunde.

Der deutsche Staat betreibt auch in umfassenderem Sinn eine aktive Ostpolitik, der sich nach Gregor Schöllgen ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland (erst recht nach der Vereinigung) nicht entziehen könne. Aufgrund seiner geographischen Lage, der Nähe zu den osteuropäischen Staaten und seiner Größe wie Wirtschaftspotenz sei Deutschland regelrecht dazu gezwungen, an einer aktiven Ostpolitik interessiert zu sein und ordnungspolitische Aufgaben wahrzunehmen. Dafür sprächen auch die lange Tradition vermeintlich guter kultureller, wirtschaftlicher und politischer Beziehungen, aber ebenso auch die Entgleisungen der Beziehungen während des Ersten und Zweiten Weltkrieges, welche als Erblast an dem Nachfolgestaat des Deutschen Reiches hängen. »Diese Vergangenheit prägt die gemeinsame Zukunft. Das trifft auf die Beziehungen der Bundesrepublik zur Tschechoslowakei und zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ebenso zu wie in besonderem Maße auf diejenigen zum östlichen Nachbarn Polen, die in Zukunft von ähnlich herausragender Bedeutung sein dürften wie die zum westlichen Nachbarn Frankreich.«<sup>10</sup>

Wenn auch eine stärkere Aktivierung der Ostpolitik eine Relativierung der seit der Adenauer-Ära stabil verlaufenden Westbindung des deutschen Staates bedeutete, so dürfe dies aber keineswegs implizieren, daß der deutsche Staat nunmehr das Ziel von Alleingängen bevorzuge. »Zu vermeiden (...) sind auch in Zukunft jene deutschen Alleingänge in der Ostpolitik, die sich für die Großmacht Bundesrepublik anbieten mögen.«<sup>11</sup> Die Relativierung der Westbindung bedeutet in diesem Kontext, daß der »Westen«, der während des Kalten Krieges sehr eindringlich als eine transatlantische Angelegenheit angesehen wurde, nunmehr durch Europa eingeschränkt wird. Das politische Europa will sich vor allem militär- und sicherheitspolitisch gegenüber den USA behaupten und beansprucht zunehmend den Begriff des »Westens« für sich, das heißt, der Begriff wird als Synonym für eine transatlantische Partnerschaft aufgegeben und durch ein integriertes »Europa« ersetzt, in welchem dem deutschen Staat qua Selbstzuweisung und aufgrund seiner »mitteleuropäischen« Positionierung eine vermittelnde Rolle zwischen dem westlichen und östlichen Europa, welche einmal voneinander durch den »Eisernen

---

<sup>9</sup> Vgl. Jutta Koch: »Die NATO: zwischen Ambitionen, Attentismus und Aktionismus«, in: *Europäische Friedensordnung: Konturen einer Sicherheitsarchitektur*, Koordination: Wilfried Graf, Lutz Unterseher, Münster 1998, S. 52f.

<sup>10</sup> Gregor Schöllgen: *Die Macht in der Mitte Europas*, a.a.O., S. 182.

<sup>11</sup> Ebd.

Vorhang« getrennt waren, zukomme. Nicht zuletzt, weil der »Eiserne Vorhang« durch das geteilte Deutschland hindurchging, komme dem Fall der Berliner Mauer auch die Bedeutung des Falls des »Eisernen Vorhangs« zu, bzw. umgekehrt der Einheit Deutschlands das Symbol für die Einheit Europas.

### *Ablösung US-amerikanischer Hegemonie und die Selbstbehauptung Europas*

Der deutsche Staat hatte in seiner Geschichte zweimal in zutiefst imperialistischer Manier und unter strikter Beherrschung der Prinzipien preußisch-deutscher Außenpolitik, die bis zu Friedrich den Großen zurückgehen, den Versuch unternommen, die aus seiner Sicht sich aus der »Mittellage« Deutschlands ergebene, stetig offene Sicherheitsfrage auf dem europäischen Kontinent militärisch und schließlich kriegerisch zu lösen. Der Erste Weltkrieg endete für den deutschen Staat mit der »Bauchlandung in Versailles«. »Die Sprengung der Versailler Fesseln durch Ausnutzung der bestehenden Rivalitäten zwischen England, Frankreich und den USA hatte dem deutschen Imperialismus einen zweiten Versuch gestattet. Die Antwort war Potsdam. Sie enthielt das Angebot der Wiedererlangung nationaler Souveränität. Allerdings nur, wenn auf Hegemonie aus dem europäischen Zentrum heraus in der skizzierten Kontinuität ein für allemal verzichtet würde.«<sup>12</sup> Nach 1945 mußte sich, so Stuby, die Bundesrepublik mit der von den Siegermächten vorgegebenen sicherheitspolitischen Konstellation in Europa arrangieren. Eine Revision der »gefesselten Souveränität« des deutschen Staates sei der Möglichkeit nach nur zu verfolgen gewesen durch die Anerkennung der US-amerikanischen Hegemonie in Westeuropa.<sup>13</sup> Konrad Adenauer hatte sich dementsprechend für die Westbindung entschieden.<sup>14</sup>

Wenn sich der deutsche Staat nach 1945 mit der Hegemonie der USA in Westeuropa arrangieren mußte, so ist damit aber gleichzeitig auch zutreffend, daß jene Hegemonie der USA während der gesamten Zeitspanne bis zur deutschen Einheit 1989/90 nicht nur einen sowjetischen Expansionsdrang, so gut es ging, gezähmt, sondern auch einen allzu offensiven Einfluß des deutschen Staates auf die politischen Gestaltungen in Westeuropa verhindert hat.<sup>15</sup>

Nach der deutschen Einheit hatte das Prinzip der doppelten Eindämmung Deutschlands und des »kommunistischen Expansionsdranges« seine Schuldigkeit getan; es war nunmehr zu einer stumpfen Waffe geworden, wenn sie sich nicht sogar gegen die Akteure wendete, das heißt sich die Vorzeichen vertauscht haben. Die Sowjetunion löste sich auf, wodurch die »kommunistische Bedrohung« aus dem Osten wegfiel, und der deutsche Staat kontrollierte innerhalb der europäischen Gemeinschaft die anderen Mitgliedstaaten mehr, als diese den deutschen Staat einzudämmen imstande waren. Schon die deutsche Einheit konnten die Regierungen der europäischen Staaten, die – etwa in Großbritannien und Frankreich – großes Mißtrauen gegenüber der deutschen Einheit hegten, nicht verhindern. Mit der deutschen Einheit begann für die USA auf dem europäischen Kontinent die »Hegemonie-Krise«. Anzeichen einer Abkehr vom Multilateralismus und der westlichen, atlantischen Orientierung der deutschen Außenpolitik ergaben sich dann auch deutlich in der deutschen Außenpolitik gegenüber dem Bundesstaat

---

<sup>12</sup> Gerhard Stuby: *Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik*, a.a.O., S. 215.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., S. 216.

<sup>14</sup> Vgl. Ludolf Herbst: *Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag*, 2. Aufl. 1996.

<sup>15</sup> Vgl. Gerhard Stuby: *Die »gefesselte« Souveränität der Bundesrepublik*, a.a.O., S. 216.

Jugoslawien und der im Alleingang praktizierten diplomatischen Anerkennung Bosnien-Herzegowinas und Kroatiens als eigenständige, souveräne Nationalstaaten. Von einer einheitlichen europäischen Außenpolitik konnte in diesem Zusammenhang noch nicht gesprochen werden; vor allem der deutsche Staat war aus dem gesamten »westlichen«, auch westeuropäischen Kanon ausgeschert.<sup>16</sup>

Gleichzeitig galten die gescheiterten diplomatischen Versuche der westeuropäischen Staaten, den Bürgerkrieg im auseinanderfallenden Jugoslawien friedlich zu lösen, als weiterer Impuls für die Schaffung einer einheitlichen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (ESVP), deren Vorläufer: die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Sommer 1954 an der Französischen Nationalversammlung gescheitert war. Daß man bei der militärischen Intervention der NATO gegen Serbien, zu der man sich schließlich entschlossen hatte, in sehr deutlicher Form auf das militärische Potential der USA angewiesen war, sollte die EU dazu veranlassen, nicht nur in ökonomischer sondern auch in militärpolitischer Hinsicht mit den USA zu konkurrieren und den Aufbau eigener, von der NATO und den USA unabhängigen Verteidigungsstrukturen stärker voranzutreiben. Dieses Motiv läßt sich am besten durch die formelhafte Wendung von der »Selbstbehauptung Europas« bezeichnen, welche von Politikern sämtlicher wichtiger Parteien in Deutschland eine Zeitlang im Munde geführt wurde. Dabei geht es um eine vermeintliche Zukunftssicherung im mehrfachen Sinne, das heißt, sie wird verstanden als sicherheitspolitische, aber vor allem als ökonomische und sozialpolitische Zukunftssicherung. Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Europas im wirtschaftlichen und technologischen Bereich steht dabei im Vordergrund. Der »Selbstbehauptungswille Europas« ist aber bei deutschen Außenpolitikern wie Karl Lamers oder Wolfgang Schäuble zugleich auch ein verklausulierter Selbstbehauptungswille des deutschen Staates gegenüber Europa; die Selbstbehauptung Europas, gleichsam die Infragestellung der US-amerikanischen Hegemonie, soll in Europa unter deutscher und auch französischer Führung stattfinden.

1998 schreibt der SPD-Außenpolitiker Egon Bahr eine »Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik«, deren Titel bereits nahelegt, daß es mehr um Deutschland und um die deutschen Interessen innerhalb Europas als um Europa selbst ging. Bahr war der Ansicht, »Europa« stehe vor der Entscheidung, eine Weltmacht werden zu wollen. Diese Entscheidung sei von existentieller Bedeutung in Hinblick auf die Frage, inwieweit in Abgrenzung zu den kulturellen Werten Ostasiens und dem »weitgehend auf rechenbare Effizienz gerichteten Strebens Amerikas« Europa in der Lage sei, seine eigenen Werte, die Bahr mit Wettbewerb und sozialer Verpflichtung identifizierte, im Zeitalter der Globalisierung zu bewahren. Nur als Weltmacht sei Europa dazu imstande. Als »globaler Mitspieler« trete Europa vor allem in Konkurrenz zu Amerika (USA). »Die Identität Europas, die in dem Begriff ›Mensch und Markt‹ zusammengefaßt werden könnte, ist eben nicht deckungsgleich mit dem Selbstverständnis Amerikas.«<sup>17</sup>

Der Alt-Bundeskanzler und *Zeit*-Herausgeber, Helmut Schmidt, widmete der »Selbstbehauptung Europas« ein Buch. Die Herstellung einer umfassenden Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach außen betrachtet er als die dringlichste Aufgabe, um zu verhindern, daß die EU zu einer bloßen Freihandelszone

---

<sup>16</sup> Wolfgang Michal interpretiert solche Anzeichen deutscher Alleingänge als Menetekel, die deutsche Geschichte von 1870-1913 wiederhole sich. – Vgl. Wolfgang Michal: *Deutschland und der nächste Krieg*, Berlin 1995, S. 81.

<sup>17</sup> Egon Bahr: *Deutsche Interessen – Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik*, München 1998.

verkomme und damit die wichtigen weltpolitischen Entscheidungen über die Köpfe der Europäer hinweg getroffen würden. »Nun geht es um die Selbstbehauptung der Nationen Europas. Nur eine handlungsfähige Europäische Union kann angesichts der weltweit drohenden Gefahren des 21. Jahrhunderts ein angemessenes Maß an Selbstbestimmung der europäischen Nationen auch gegenüber den Weltmächten aufrechterhalten.«<sup>18</sup> Deshalb brauche Europa Führung, derer sich der deutsche Staat aber nur im europäischen Kanon, das wäre mindestens die »deutsch-französische Achse«, annehmen dürfe, weil alles andere nur stärkstes Mißtrauen und klare Ablehnung hervorrufen würde. Keinen Zweifel läßt Schmidt jedoch daran, daß die Selbstbehauptung Europas nicht nur angesichts sich neu herausbildender Weltmächte (China, Indien, Brasilien), sondern auch der alten (Rußland, aber vor allem die USA) von eindringlicher Notwendigkeit sei, sieht er doch die Gefahr der Instrumentalisierung des Nordatlantischen Bündnisses für globale US-amerikanische Politik. »Die Wahrscheinlichkeit einer Vielzahl von Krisen und Konflikten einerseits, der Wille der amerikanischen Supermacht andererseits, mit Hilfe ihrer Bündnisssysteme in Europa, Asien und Amerika und ihrer allgemeinen Dominanz weltweit ihre Interessen und ihre Ideologien durchzusetzen, haben die EU-Staaten zu der Absicht einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geführt. Unter den Staatslenkern in Europa wächst nämlich die Einsicht, daß sowohl die NATO als auch die EU als Ganze zu Instrumenten der Weltpolitik der USA umfunktioniert werden könnten.«<sup>19</sup> Die USA verfolgten mit Hilfe der NATO die weltweite Durchsetzung von rein kapitalistischen Werten. Mit geradezu nietzscheanischem Duktus fordert Schmidt, der »Wille zur Selbstbehauptung der Europäer« müsse sich gegen den »missionarischen Eifer« der USA durchsetzen.<sup>20</sup> »Die USA sind im Begriff, ihre für die europäischen NATO-Partner einst höchst wohlthuende Schutzfunktion gegenüber einer damals aggressiv gerüsteten Sowjetunion umzuwandeln in einen weniger wohlthuenden Hegemonialanspruch für Konfliktfälle gegenüber einstweilen unbestimmten zukünftigen Gegnern.«<sup>21</sup>

Der »Wille zur Selbstbehauptung« ist ein kaum verborgener *Wille zur Macht*, der auch gegenüber einer strategischen Partnerschaft mit Rußland nicht zurückschreckt. Diese allerdings wäre kaum zu haben, ohne den Preis ihrer nicht vorhersehbaren, aber mit Sicherheit fatalen Konsequenzen bezahlen zu müssen. Die USA würden eine solche Partnerschaft zwischen Rußland und der EU als Affront bewerten, gerade weil in Rußland ein enormer Modernisierungsbedarf besteht, von dem in den wirtschaftlichen Beziehungen aufgrund ihrer geographischen Nähe ohnehin schon die EU mehr profitiert als die USA. »Wenn also eine neue Blockkonfrontation droht, dann zwischen der EU und den USA. Und dabei könnte die EU bestrebt sein, Rußland mit seinem immer noch großen Atomwaffenpotential in den europäischen Block einzubeziehen, um den USA auf dieser Ebene die Stirn zu bieten. Das sind die neuen Konfliktlinien des 21. Jahrhunderts.«<sup>22</sup>

Dem deutschen Staat standen mit Blick auf Europa und in Bezug auf die Konkurrenz zu den USA nach 1989/90 zwei strategische Optionen zur Verfügung. Einerseits bot sich die Fortsetzung oder Vertiefung der ursprünglichen Westorientierung als »Partner in Leadership«, das heißt die hegemonial ausgerichtete Zusammenarbeit mit den USA an, soweit Interessenkonvergenz bestünde. Andererseits konnte der

---

<sup>18</sup> Helmut Schmidt: *Die Selbstbehauptung Europas*, Stuttgart/München 2000, S. 17.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 185.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 188.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 70.

<sup>22</sup> Ulrich Cremer: »Militärische Emanzipationsversuche der EU«, in Ulrich Cremer / Dieter S. Lutz (Hg.): *Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung*, Hamburg 2000, S. 21-35; S. 35.

deutsche Staat sich stärker in den europäischen Kanon einfügen, oberflächlich damit seine Partnerschaft zu den USA in einen europäisch koordinierten Konfrontationskurs umschwenken und unterhalb dieser Ebene seine Interessenorientierung zugleich stärker nach Osten, das heißt nach Osteuropa, einschließlich Rußland ausrichten. Die letzte Option stellte langfristig die strategische Variante dar, welche den deutschen Staat innerhalb Europas aus eigenem Antrieb heraus eine komfortable hegemoniale Machtposition verschafft, während die erste Option eine hegemoniale Stellung als »Juniorpartner« mit unsicherer Zukunft bedeutete, weil sie von dem Fortbestand der US-Hegemonie abhängig ist. Soweit es in der diplomatischen Umgangsform möglich und noch nicht erkennbar gewesen ist, welche Option sich als die praktikablere erweist, versuchten die jeweiligen Bundesregierungen bisher beide Optionen in moderater Form zugleich umzusetzen. Spannungen mit den USA waren dabei genausowenig auszuschließen wie auch mit Frankreich,<sup>23</sup> welches für Deutschland in Bezug auf Europa der wichtigste Konkurrent und deshalb Führungspartner ist. Michael Jäger schreibt denn auch mit Blick auf die preußische Tradition der deutschen Außenpolitik und in Bezug auf das Verhältnis des deutschen Staates zu den USA: »Nach 1990 scheinen die Regierungen zu schwanken, welche preußische Rolle sie spielen sollen, die des Gehorsams oder die des Befehls, aber immer ist klar, daß sie Amerika gehorchen, wenn sie gehorchen, und daß sie wie preußische Kanzler befehlen, wenn sie befehlen.«<sup>24</sup>

Um als Weltmacht mit den USA konkurrieren zu können, muß Europa aber militärisch aufrüsten, denn ohne eigenes militärisches Potential hätte Europa nicht das Gewicht einer Weltmacht, die ordnungspolitisch in das Weltgeschehen einzugreifen beansprucht. Die *Financial Times Deutschland* schreibt: »Eine gemeinsame europäische Armee, so wie sie hier entstehen könnte, ist eine Armee zur Abwehr von US-Hegemonieansprüchen.«<sup>25</sup> Unter diesem Gesichtspunkt ist das militärische Europa keine Alternative zur amerikanischen Weltmacht, sondern eine Kampfansage an die USA, die sicher nicht ohne Reaktion bleiben wird.

### *Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP und GASP)*

Zwei von drei als wichtig erachteten Säulen für die Selbstbehauptung Europas werden mit der ökonomischen und politischen Integration Europas geschaffen. Parallel zur Entstehung einer politischen Union Europas rückt daher die Anstrengung der Mitgliedsstaaten zur Herstellung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), bzw. einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (ESVP) als dritte Säule ins Zentrum der europäischen

---

<sup>23</sup> Siehe Tilman Mayer: »Konfliktlinien in der Atlantischen Allianz«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage 29-30/1999 zur Wochenzeitung *Das Parlament*, 22-29; siehe Josef Joffe: »Amerika und Deutschland«, in: Karl Kaiser / Joachim Krause (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 3: *Interessen und Strategien*, München 1996. – Joffes These ist, daß West-Deutschland eine besondere Affinität zu den USA habe, weil die Deutschen von den Amerikanern erfolgreich liberalen Rechtsstaat, offene Gesellschaft, dezentrale Machtverteilung und freie Wirtschaft angenommen haben. – Vgl. Joffe, a.a.O., S. 118. – Damit sei Deutschland amerikanischer geworden als etwa England oder Frankreich. – Michael Jäger wendet gegen diese These ein, daß Deutschland auch eine preußische Traditionslinie beibehalten habe, die den deutschen Staat im Grunde immer noch im Ansatz anti-westlich erscheinen lasse. – Vgl. Michael Jäger: *Probleme und Perspektiven der Berliner Republik*, Münster 1999, Fn. 16, S. 174.

<sup>24</sup> Ebd., S. 80.

<sup>25</sup> *FTD* vom 21. März 2003.



Anstrengungen. Die Selbstbehauptung Europas wird nunmehr vor allem unter sicherheits- und verteidigungspolitischen Gesichtspunkten diskutiert. Man will mit den USA um die militärischen Ordnungsaufgaben in der Welt konkurrieren und deswegen militärische Verteidigungs- und Sicherungssysteme aufbauen, die von den bisherigen NATO-Strukturen unabhängig sind, diese langfristig unter Umständen sogar ersetzen können. Eine solche »militärische Selbstbehauptung« hätte auf längere Sicht gesehen belebende Rückwirkungen auf die Ökonomie. Die EU macht sich damit nämlich zu einer imperialen Militärmacht, die wie die USA in Regionen militärisch intervenieren kann, wo sie sich davon einen verbesserten Zugang zu Rohstoffen, bzw. allgemein zu Märkten verspricht. Haben im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine solche Praxis die europäischen Nationalstaaten auch gegeneinander betrieben, können sie sich heute nur zusammen als EU gegen die USA durchsetzen.

Die Außenpolitik der europäischen Staaten war, weil ihnen bisher in der Weltpolitik die militärische Potenz gefehlt hatte, weitgehend an der multilateralen Diplomatie, das heißt am Verhandlungsprinzip orientiert gewesen. Dieses Prinzip erwies sich aus Sicht der Militärs und Außenpolitiker als unzureichend, zumal die einzelnen europäischen Nationalstaaten kein einheitliches Interesse verfolgten, sondern ihre Interessen gemäß der gegenseitigen Staatenkonkurrenz durchaus ganz gegensätzlich waren. Dementsprechend werden an die drei großen und traditionellen europäischen Mächte Erwartungen gerichtet, den europäischen Integrationsprozeß voranzutreiben. Eine Vereinheitlichung der Außenpolitiken der einzelnen europäischen Staaten zu einer Europäischen Außenpolitik erweist sich allerdings als äußerst schwierig. Die Vereinheitlichung scheint nur über die nationale Konkurrenz und in Abgrenzung zu den USA zustande zu kommen, wobei auch hier divergierende Interessen etwa zwischen Großbritannien und Frankreich die Vereinheitlichung behindern. Während die französische Regierung sehr entschieden das Modell autonomer, das heißt von der NATO separater europäischer Militärstrukturen bevorzugt, setzten sich die Briten sehr lange für eine europäische Militärkomponente innerhalb der NATO ein, die lediglich nach Rücksprache, das heißt mit dem Einverständnis der USA für die militärische Durchsetzung von europäischen Interessen separiert und eingesetzt werden dürfe. In der Position der britischen Regierung kam bisher die Skepsis gegenüber einem integrierten Europa zum Ausdruck, die sie mehr Sympathien für eine transatlantische Achse hegen ließ. Somit reduzierten sich die Erwartungen auf Frankreich und Deutschland. – Der deutsche Staat mußte jedoch nach 1989/90 erst einmal »normalisiert« werden, bevor er als gravierender Faktor einflußreiche europäische Außenpolitik betreiben konnte. Solange versuchte die Bundesregierung ihren Einfluß zu stärken, indem sie keine eindeutige Position zulasten Paris oder Washington bezog.

Gegen eine gemeinsame europäische Außenpolitik haben die USA nichts einzuwenden, im Gegenteil: Die US-Regierung würde es begrüßen, hätte sie es in Verhandlungen mit Europa nicht mit etlichen Außenministern der jeweiligen Staaten zu tun, sondern mit einem einzigen von allen Ländern der EU legitimierten Vertreter in außenpolitischen Fragen. Gegen eine von der NATO und damit von dem Einfluß der USA unabhängige europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik haben die USA allerdings einiges einzuwenden und versuchen, solange es geht, den Abstimmungs- und Entstehungsprozeß zu behindern und damit hinauszuzögern, weil sie um den vollständigen Verlust ihres hegemonialen Einflusses auf dem europäischen Kontinent fürchten. Ewig verhindern wird sich eine eigenständige »Militärmacht Europa« durch die USA jedoch nicht, weil die Entscheidungen diesbezüglich ausschließlich in den Kompetenzbereich der zu schaffenden

europäischen Souveränität, das heißt in den Bereich der noch souveränen europäischen Nationalstaaten fallen. Da die europäische Integration in die entscheidende *finale* Phase übergegangen ist und die europäischen Mitgliedsstaaten grundlegende Bereiche ihrer nationalstaatlichen Souveränität an geschaffene europäische Instanzen abgeben, bedeutet die Einigung und Schaffung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik letztendlich eine notwendige Souveränisierung der EU in einem entscheidenden, dem militärischen Bereich, in dem sie bisher als nicht oder kaum handlungsfähig angesehen wurde.

Bei der Schaffung einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik griff man auf die vorhandenen politischen und militärischen Strukturen der WEU zurück, die aus der Retrospektive gleichsam als Vorläuferin der ESVP angesehen werden darf. Die WEU wurde 1954 unter NATO-Aufsicht von Frankreich, Großbritannien und den Beneluxstaaten zur weiteren Absicherung gegen ein befürchtetes Wiedererstarken Deutschlands gegründet. Bereits ein Jahr später wurden gemäß des allumspannenden Prinzips »Eindämmung durch Einbindung« (Westbindung) die ehemals faschistischen Staaten Deutschland und Italien in die WEU aufgenommen. Während des Kalten Krieges hat die WEU aber keine besondere Bedeutung angenommen. 30 Jahre war die WEU wegen mangelnden Bedarfs gleichsam eingefroren, das heißt von der NATO überlagert worden. Dennoch zeigte sich seit Mitte der 1980er Jahre, wie bedeutsam diese geschaffene und im Prinzip eigenständige europäische Verteidigungsstruktur für Westeuropa war, als im Kontext der Abrüstungsaktivitäten seitens der USA und der Sowjetunion die Bundesrepublik zusammen mit Frankreich auf die Strukturen der WEU zurückgriff mit dem Zweck, einen unabhängigen westeuropäischen »NATO-Pfeiler« zu schaffen. Dies geschah unter dem Vorwand, daß die Abrüstung in Europa bedeutet, das Abschreckungsprinzip des Kalten Krieges werde aufgegeben, wodurch im Endeffekt konventionelle Kriege wieder wahrscheinlicher werden könnten, und deshalb müßten die Westeuropäer in Zukunft für ihre eigene Sicherheit selbst garantieren können. Dies war der Beginn der europäischen Selbstbehauptungsbestrebungen. Europäische Rüstungsprojekte, die in einem nationalen Rahmen nicht mehr finanzierbar waren, sollten gemeinschaftlich finanziert und genutzt werden.

Im Jahr 1988, in dem der WEU Spanien und Portugal beitraten, wurde ein deutsch-französischer Verteidigungsrat eingerichtet, der eben auch hier einen klaren Führungsanspruch der »deutsch-französischen Achse« erkennen ließ. Im Bundestag protestierte zwar damals noch geschlossen die Bundestagsfraktion der Grünen, aber die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten verhielt sich zustimmend gegenüber einem deutsch-französisch dominierten militärischen Europa; der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Horst Ehmke, erklärte allgemein zustimmend, daß die politische Handlungsfähigkeit Europas nur durch eine deutsch-französische Schrittmacherrolle hergestellt werden könne. Schon zu diesem Zeitpunkt war mit »politischer Handlungsfähigkeit« diejenige gemeint, die sich gegen den Einfluß der USA richtete. Die britische Regierung, welche sich zwischen den USA und Europa hin- und hergerissen fühlte, ging seitdem auf Distanz. Mit der »deutsch-französischen Achse« zeichnete sich ein Herausdrängen der USA aus Europa ab, welches nicht im Interesse Großbritanniens sei, das die amerikanische Präsenz auf dem europäischen Kontinent als Sicherheitsgarantie vor allem vor Deutschland befürwortete. Die französische Regierung betreibe ein waghalsiges Spiel, wenn sie dem deutschen Staat eine partnerschaftliche Führung über Europa ermögliche, in der letztendlich Frankreich die nichtigere Rolle spielen müßte.

Im März 1990 machte der Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Zuge der Auflösung der bipolaren Welt den Vorschlag, die ehemals verfeindeten

Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt in einem »neuen System kollektiver Sicherheit« zusammenzuführen. Was auf den ersten Blick wie eine umfassende Initiative zur langfristigen Sicherung des Friedens aussah, hätte faktisch das abrupte Ende der US-Hegemonie in der NATO und damit über Europa bedeutet. Der deutsche Staat hätte davon wiederum übergebührend profitiert, weswegen es nicht verwunderlich war, daß die USA und auch Großbritannien am vehementesten dagegen waren.

Weil dieser Vorschlag von Genscher also nicht zu realisieren war, ergriffen Helmut Kohl und François Mitterand gemeinsam die Initiative und schlugen am 14. Oktober 1991 im Rahmen der WEU die Einführung einer deutsch-französischen Brigade vor, die den »Kern für ein europäisches Korps« ausmachen sollte.<sup>26</sup> Seitens der USA, Großbritanniens, aber auch der italienischen wie der belgischen Regierung brachte das den Vorwurf ein, der deutsche und französische Staat würden damit ihren gemeinsamen Führungsanspruch in Form eines Zweibundes (Tandem) begründen und hätten eine Idee wiederaufgegriffen, die bereits schon Charles de Gaulle und Konrad Adenauer ins Auge gefaßt hatten.<sup>27</sup> Die Initiative wurde von den europäischen Nachbarn aber auch deshalb mit Skepsis gesehen, weil sie die »Gefahr einer Erosion des NATO-Bündnisses und damit einer langfristig wirksamen, überproportionalen Stärkung der Bundesrepublik auf Kosten einzelner ihrer europäischen Partner« sahen.<sup>28</sup>

Mutmaßliches Motiv zumindest Frankreichs wird gewesen sein, Europa zu Lasten des atlantischen Bündnisses (NATO), unter französischer Führung, zu stärken. Eine deutsch-französische Brigade sollte deshalb den Grundstein für ein wirkliches Eurokorps legen: für eine zunächst in den Rahmen der WEU eingebundene, später dann komplett europäische Armee. Am 21. Januar 1993 erfolgte die Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens, in dem das zu schaffende Eurokorps an die NATO-Allianz gebunden wurde. Dieses Abkommen sollte ein taktisches Signal sein, um allen Befürchtungen der europäischen und transatlantischen Nachbarn entgegenzuwirken, aber langfristig war bereits hier beabsichtigt, eine europäische Armee ins Leben zu rufen, die einmal unabhängig von den NATO-Strukturen bzw. von den USA, welche die NATO dominieren, operieren könne. Nur vorläufig sollte also das Eurokorps keine militärische Unabhängigkeit besitzen, das heißt an die NATO-Strukturen gekoppelt bleiben.<sup>29</sup>

Die Existenz der NATO bedeutete für Deutschland und Frankreich nämlich ein Hindernis für das Anstreben einer partnerschaftlich geteilten Hegemonie in Europa. Aus diesem Grund suchte die Bundesregierung eben nach Alternativen und war bestrebt, die NATO der Bedeutungslosigkeit zu überantworten. Bereits auf der NATO-Tagung im Jahre 1992 formulierte der Bundesverteidigungsminister Volker Rühle die deutsch-französische Position zur NATO in dieser Form: »Die NATO ist ein Bündnis für eine Area. Dabei bleibt es. Für Einsätze außerhalb ist etwas anderes nötig. Hätten wir eine handlungsfähige Westeuropäische Union mit einer europäischen Eingreiftruppe unter deutscher Beteiligung, die abschrecken und auch eingreifen könnte, dann wäre das die richtige Antwort.«<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. *Europa-Archiv*, 46, 1991, D 574.

<sup>27</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 193.

<sup>28</sup> Gregor Schöllgen: *Die Macht in der Mitte Europas*, a.a.O., S. 180f.

<sup>29</sup> Vgl. Gregor Schöllgen: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 193.

<sup>30</sup> Volker Rühle auf der NATO-Tagung 1992.

Seitdem erfolgten die Schritte einer militärischen Autonomisierung der europäischen Außenpolitik im beschleunigten Tempo.<sup>31</sup> In Maastricht wurde 1992 für die EU die Möglichkeit geschaffen, das westeuropäische Militärbündnis (WEU) mit Kriseneinsätzen zu beauftragen. »1992 sprengte die WEU handstreichartig per Ministerbeschluß und vorbei an den nationalen Parlamenten ihren strikt defensiven Vertragszweck. Aus dem Verteidigungsbündnis wurde eine Interventionsallianz, zumindest auf dem Papier. Inzwischen hat sich die Europäische Union die sogenannten Petersberg-Aufgaben zu eigen gemacht. Indem sie nun die entsprechenden militärischen Kapazitäten bereitstellt, schickt sie sich an, die undefinierte Rolle der WEU auch auszufüllen.«<sup>32</sup> Proteste seitens der USA wurden weitgehend ignoriert. Noch im Herbst desselben Jahres kam es zum ersten Einsatz des Eurokorps vor der jugoslawischen Küste zur Kontrolle der Adria im Rahmen des Konfliktes auf dem Balkan. Überhaupt läßt sich erkennen, daß die Schaffung einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik immer dann in Fahrt gerät, wenn durch äußerliche Bedrohungen die Regierungen sich genötigt sehen, von ihren nationalen Partikularinteressen weitgehend abzusehen. Die Krise auf dem Balkan kann hier wie schon der Golfkrieg von 1991 als Initialzündung gelten.

Im Grunde gilt noch immer, was Hegel über den Krieg geschrieben hat, den er als notwendigen Konflikt zwischen Staaten im Naturzustand verteidigte, weil über ihnen kein schlichtender *Prätor* vorhanden sei: Solche militärischen Konflikte wären »glückliche Kriege«, wenn sie nach innen die Staatsmacht stärkten und Unruhen verhinderten, weil die Einzelnen durch die äußerliche Bedrohung einen Patriotismus entwickelten, der das gesellschaftliche Ganze besser zusammenhalte: »Wenn (...) eine Anzahl von Staaten sich zu einer Familie macht, so muß sich dieser Verein als Individualität einen Gegensatz kreieren und einen Feind erzeugen. Aus Kriegen gehen die Völker nicht allein gestärkt hervor, sondern Nationen, die in sich unverträglich sind, gewinnen durch Kriege nach außen Ruhe im Innern.«<sup>33</sup> Der Moralsoziologe Karl Otto Hondrich schreibt denn auch, daß der Krieg im ehemaligen Jugoslawien die Konturen dieser gemeinsamen europäischen Identität sichtbar werden ließ. Der Krieg »zeigt, was Europa ist, indem er verdeutlicht, für welche Werte es steht, wer diese Werte teilt, also dazugehört, *ob und wie* es sich durchsetzt und *was* es von sich selbst weiß oder verdrängt.«<sup>34</sup> Gerade der Bürgerkrieg im auseinanderfallenden Jugoslawien führte den EU-Staaten in aller Deutlichkeit vor Augen, daß sie ohne die USA nicht in der Lage waren, ihre eigenen »Sicherheitsinteressen« gemeinschaftlich zu regeln.<sup>35</sup> Die Supermacht USA erwies sich als einzige effiziente Ordnungsmacht für Europa. – Dies vor allem deshalb, weil sich die EU bisher nicht als unabhängige Militärmacht behaupten konnte. Damit hatten die USA ihren Einfluß in Europa zeitweilig wieder gefestigt, nachdem dieser

<sup>31</sup> Siehe Volker Böge: »Schritt für Schritt und immer schneller – Die Militarisierung der europäischen Integration«, in: *Wissenschaft & Frieden*, 3/2000, S. 6.

<sup>32</sup> Reinhard Mutz: »Europa unter falscher Flagge«, in Ulrich Cremer / Dieter S. Lutz (Hg.): *Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung*, Hamburg 2000, S. 16-20; S. 17. – Die »Petersberg-Aufgaben« wurden im Juni 1992 als Aufgabenerweiterung zunächst der nationalen Streitkräfte der WEU-Staaten beschlossen. Sie umfassen neben Rettungseinsätzen und friedenserhaltenden Maßnahmen unter UN-Aufsicht (»Blauhelm-Missionen«) auch »Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung« sowie »Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens«. – Siehe *Bulletin* der Bundesregierung, Nr. 68 vom 23. Juni 1992.

<sup>33</sup> Siehe G.W.F. Hegel: *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, in: ders.: *Werke*, Bd. 7., §324, Zusatz.

<sup>34</sup> Karl Otto Hondrich: »Einigung im Krieg«, in: ders.: *Wieder Krieg*, Frankfurt am Main 2002, S. 130-158; S. 131.

<sup>35</sup> Vgl. Michael Fischer: »New World Order statt Weltherrschaft – »Globale Sicherheit« aus transatlantischer Perspektive«, in: *sopos* 7/2002, Internet: <<http://www.sopos.org/aufsaeetze/3d1ca0fa61d41/1.phtml>>.

mit der deutschen Einheit Anfang der 1990er Jahre zunehmend verloren gegangen war.

Im Frühjahr 1996 beschlossen die EU-Außenminister vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs im auseinanderfallenden Jugoslawien, die sogenannte Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (EVSI) in der NATO weiter auszubauen. Im April desselben Jahres gaben auf der NATO-Frühjahrestagung in Berlin die USA dem Drängen des deutsch-französischen Vorhabens nach und akzeptierten den Wunsch der WEU, militärische Aktionen eigenständig durchführen zu wollen und dabei NATO-Bestände nutzen zu können. Das Nachgeben der USA war allerdings an die Bedingung geknüpft, daß dem NATO-Rat ein Veto-Recht eingeräumt werde, wenn es um den Gebrauch der NATO-Ressourcen gehe. Mit anderen Worten: Grünes Licht für eigenständige militärische Aktionen der WEU wollten die USA davon abhängig machen, daß damit nicht die Interessen der Supermacht im Widerspruch stünden. Weil es aber genau um diese Konkurrenz zwischen den USA und Europa geht, wenn von der EU eine eigenständige Verteidigungsidentität entwickelt wird, sind die europäischen Staaten, angeführt von Frankreich und Deutschland, daran interessiert, eine Streitmacht aufzubauen, die langfristig von NATO-Ressourcen nicht mehr abhängig ist.

Im Juni 1997 wurde deshalb auf dem EU-Gipfel in Amsterdam eine gemeinsame Verteidigungspolitik festgelegt, die zu einer Stärkung der europäischen Identität, das heißt zu einer Vereinheitlichung und einheitlichen Ausrichtung der militärischen Verteidigung führen soll.<sup>36</sup> Als gemeinsame Aufgaben wurden humanitäre Einsätze, friedenserhaltende Maßnahmen, Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung und sogenannte »friedensschaffende« Maßnahmen festgelegt.<sup>37</sup> Auf der WEU-Tagung in Erfurt wurde im selben Jahr sogar eine europäische Rüstungsagentur beschlossen, deren Aufgabe in der Koordination einer arbeitsteiligen Beschaffung von militärischen Geräten bestehen soll, so daß nicht jedes EU-Mitglied nach dem Prinzip der nationalstaatlichen Souveränität sein nationales Militär hochrüstet und parallel Doppelungen entstehen, die nur unnötig kostspielig aber kaum effizient sind. Große Nationalstaaten wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland werden freilich daran interessiert sein, solche Parallelstrukturen möglichst lange aufrechtzuerhalten, um sich damit militärpolitische Souveränität als Nationalstaat zu erhalten. Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee gemäß den Verteidigungspolitischen Richtlinien, wie sie von den Bundesverteidigungsministern Volker Rühle 1992 und Peter Struck 2003 erlassen wurden, zeugen von dieser Denkweise.<sup>38</sup> Die Koordination soll den einzelnen Staaten ein Rüstungsprogramm auferlegen, mit welchem die nationalen Militärausstattungen einander verzahnt und damit Teile eines Ganzen werden: einer europäischen Streitmacht, die in ihren Teilen nicht mehr, aber als Ganzes um so schlagkräftiger einsetzbar ist. Da es darum geht, eine Streitmacht zu schaffen, die von der NATO unabhängig operieren kann, müssen auch Investitionen getätigt werden, die das Militärbudget einzelner Staaten überfordern würde. In gemeinsamer Planung, können dagegen auch größere Investitionen wie die Beschaffung eines eigenen Satelliten-Navigations-Systems (»Galileo«) getätigt werden. Bisher waren die Europäer auf das amerikanische Satelliten-Navigations-System (»GPS«) angewiesen; es dient neben ziviler Zwecke hauptsächlich zur modernsten Kriegführung. Mit dieser Technik können angeblich »punktgenau« lasergesteuerte Raketen ins Ziel treffen und Truppenbewegungen des Feindes aus dem Weltall sehr genau beobachtet werden; es dient auch einer verbesserten

<sup>36</sup> Vgl. *Vertrag von Amsterdam*, Art. 1.

<sup>37</sup> Vgl. ebd., Titel V, Art. J.7.

<sup>38</sup> Siehe VPR 1992 und 2003, jeweils a.a.O.

Kommunikation zwischen den eigenen Truppenteilen, so daß – so heißt es – die »kollateralen Schäden« (zivile Opfer) im Krieg verringert werden können, aber auch die Gefallenen auf der eigenen Seite. – Inwieweit eben durch diese modernste Waffentechnik der Krieg tatsächlich »humaner« wird, kann nicht wirklich bestätigt werden, denn wie sich im dritten Golfkrieg (2003) gezeigt hat, trafen dennoch US-Raketen Häuser von Privatfamilien oder andere »zivile Objekte«. »Galileo« gilt dennoch als strategische Schlüsselinvestition, denn erst mit einem eigenen Satelliten-Navigations-System wäre auch eine europäische Streitmacht wirklich in der Lage, von der NATO und den USA unabhängig Kriege zu führen.

Der Weg zur Unabhängigkeit von der NATO führt allerdings zunächst über eine Gleichberechtigung der EU gegenüber den USA *innerhalb* der NATO. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt hierzu: »Daß das europäische Gewicht in der Allianz künftig größer werden soll, war bislang schon ein Bestandteil der eurodiplomatischen Sprachregelung. Wenn denn die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität tatsächlich Gestalt annimmt, wie zu hoffen ist, und sich nicht nur in eleganten Institutionen erschöpft, sondern in militärischen Fähigkeiten ausdrückt, dann wird sich das vorteilhaft auswirken.«<sup>39</sup>

Der 4. Dezember 1998 ist ein folgenschweres Datum für die Fortentwicklung der europäischen Verteidigungsidentität gewesen: Auf dem an diesem Tag stattgefundenen Treffen der Regierungschefs Frankreichs und Großbritanniens in St. Malo konnte Jacques Chirac den britischen Premier Tony Blair dazu bewegen, die bis dato immer wieder bekräftigte britische Ablehnung einer von der NATO unabhängigen europäischen Streitmacht aufzugeben. Im Einvernehmen forderten die beiden Regierungschefs, die EU müsse »über eine autonome Handlungsfähigkeit verfügen, die sich auf glaubwürdige militärische Kräfte stützt, mit der Möglichkeit, sie einzusetzen, und mit der Bereitschaft, dies zu tun, um auf internationale Krisen zu reagieren«.<sup>40</sup> Erst mit diesem britisch-französischen Gipfel, auf dem die britische Regierung ihre bisherige Ablehnung einer eigenständigen europäischen Streitmacht in Zustimmung wandelte, kann von einer wirklichen Wiederbelebung der ESVP gesprochen werden, nachdem der erste Versuch (EVG) im Sommer 1954 durch die Verweigerung der französischen Nationalversammlung gescheitert war. Das Umschwenken Großbritanniens fand vor dem Hintergrund des NATO-Krieges gegen Serbien statt, in dem sich die europäischen Staaten in sicherheitspolitischer Hinsicht von den USA abhängig erwiesen. Der Krieg gegen Serbien gilt denn auch als »Vater der EU-Militarisierung«.<sup>41</sup>

Im ersten Halbjahr 1999 kam Deutschland turnusgemäß die Präsidentschaft sowohl der EU wie auch der WEU zu. Der Doppelvorsitz sollte dazu genutzt werden, die Europäisierung der Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich voranzutreiben. Auf der Tagung der »Western European Armaments Group« (WEAG), zu der neben den zehn WEU-Mitgliedstaaten auch die Türkei, Norwegen und Dänemark gehören, wurde im Januar 1999 abermals über die Entwicklung einer europäischen Rüstungsagentur und Neuordnung der europäischen Rüstungsindustrie diskutiert. Einen Monat später, im Februar 1999 fand die jährliche Konferenz für Sicherheitspolitik (München) statt, auf der der Bundesaußenminister Joschka Fischer einerseits für den Fortbestand des atlantischen Bündnisses plädierte, andererseits aber forderte, daß die EU »die Fähigkeit auch für ein eigenes Krisenmanagement

---

<sup>39</sup> Klaus-Dieter Frankenberger: »Entscheidung von Fall zu Fall. Die Nato will nicht und wird nicht in aller Welt auftreten«, in: *FAZ* vom 27. April 1999.

<sup>40</sup> Siehe »Frankreich-Info«, Nr. 93, Französische Botschaft in Bonn, vom 8. Dezember 1998.

<sup>41</sup> Siehe Volker Böge: »Schritt für Schritt und immer schneller – Die Militarisierung der europäischen Integration«, a.a.O., S. 6.

entwickeln [müsse], wann immer aus europäischer Sicht ein Handlungsbedarf besteht.«<sup>42</sup>

Im Mai 1999 trafen sich dann die Regierungschefs und Außenminister der WEU zu ihrer Ministerratstagung und bilanzierten den bisher erreichten Stand ihres militärischen Einsatzpotentials. Dabei stellten sie fest, daß die europäische Armee in spe noch über verschiedene Defizite verfügt: zum einen im Bereich der militärischen Beobachtung (Aufklärungssatellit), zum anderen in Bezug auf den schnellen und effektiven Transport von Truppen und Waffen in ferne Regionen, aber auch hinsichtlich der Kommunikation und Koordination zwischen verschiedenen Truppenverbänden sowie in der Organisation militärischer Führung. Das Resümee fiel entsprechend nüchtern aus: man bleibe weiterhin bei längeren und größeren militärischen Einsätzen auf das Kontingent der NATO angewiesen.

Anfang Juni 1999 verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs der WEU, auf den defizitären Gebieten verstärkte Rüstungsanstrengungen zu unternehmen. Bis Ende 2000 sollte die WEU in die Europäische Union eingegliedert werden und damit die EU imstande sein, eigenständige Militäreinsätze durchzuführen. Die EU soll ein Militärbündnis werden, welches über eigene Krisenreaktionskräfte verfügt. Dafür war bereits im November 1993 von Deutschland und Frankreich das Eurokorps geschaffen worden, dem nach und nach andere EU-Staaten beitraten und welches Ende 1995 schließlich mit 55.000 Soldaten aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Spanien einsatzbereit wurde. Dieses Eurokorps sollte nun in die EU überführt werden und die Basis für eine gemeinsame europäische Verteidigungsidentität ausmachen. In der Kölner »Erklärung zur Stärkung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« heißt es: »Wir, die Mitglieder des Europäischen Rates, wollen entschlossen dafür eintreten, daß die Europäische Union ihre Rolle auf der internationalen Bühne uneingeschränkt wahrnimmt. Hierzu beabsichtigen wir, der Europäischen Union die notwendigen Fähigkeiten und Mittel in die Hand zu geben, damit sie ihrer Verantwortung im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerecht werden kann.«<sup>43</sup>

Die Zielsetzung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsidentität wurde von den USA als eine Provokation aufgenommen. Entschiedener Widerstand seitens der US-Regierung war die Folge. Der US-Außenminister Strobe Talbott äußerte auf der Konferenz zur Zukunft der NATO in London im Oktober 1999, daß die Vereinigten Staaten zwar für die ESVI seien, allerdings möchten sie »keine ESVI, die erst innerhalb der NATO entsteht, dann aber der NATO entwächst und sich schließlich der NATO entfremdet, denn das würde zu einer ESVI führen, die anfänglich ein Duplikat der NATO wäre, aber mit der Zeit mit der NATO konkurrieren könnte.«<sup>44</sup> Mit anderen Worten: Die USA würden einem europäischen Verteidigungsbündnis nicht im Wege stehen, wenn dieses klar eingebunden und Bestandteil der NATO ist und bleibt und damit die Europäer mehr Verantwortung innerhalb der NATO, das heißt unter der Vorherrschaft der USA übernehmen. Unter »vermehrter Verantwortungsübernahme« verstehen die USA vor allem die vermehrte Übernahme finanzieller Lasten. Die US-Administrationen möchte eine Doppelung von Kommandostrukturen vermeiden und setzt sich massiv für den Erhalt der von ihnen

---

<sup>42</sup> Pressereferat des Auswärtigen Amtes, Bonn, 6. Februar 1999.

<sup>43</sup> »ESVP: Schlüsselprojekt der europäischen Einigung«, S. 2, Internet: <<http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu-politik/gasp/ESVP.html>>.

<sup>44</sup> Strobe Talbott: »America's Stake in a strong Europe«, Rede des US-Außenministers am Royal Institute of International Affairs in London, Homepage der US-Botschaft, deutsche Übersetzung im Internet: <<http://www.dgap.org/IP/ip0003/talbott071099.htm>>.

dominierten NATO-Strukturen sowie auch gegen die Bildung eines europäischen Gremiums ein, in dem die europäischen Mitgliedstaaten ihre Interessen harmonisieren könnten, um diese dann im NATO-Rat verstärkt gegen die USA durchzusetzen.

Von den wachsenden Differenzen zwischen den USA und der EU unberührt, legten sich die Regierungschefs und Außenminister der EU-Mitgliedstaaten im Dezember 1999 auf dem Gipfel in Helsinki konkret fest auf die Einrichtung einer EU-Interventionstruppe: »Bis zum Jahr 2003 sollen rund 50.000 bis 60.000 Soldaten, ausgerüstet mit hoch modernem Material, innerhalb von sechzig Tagen mobilisiert werden können, um bei Konflikten selbst in peripheren Gebieten auf diesem Globus rasch nach dem Rechten sehen zu können.«<sup>45</sup> Die Einsatzdauer für die Interventionstruppe soll für mindestens ein Jahr konzipiert sein. Bei einer Truppenstärke von 50.000 bis 60.000 Soldaten (inklusive Transportmittel und Logistik) erfordert dies die Bereitstellung einer ebenso großen Reservearmee, die nach sechs Monaten die eingesetzten Truppen ablösen kann. Mit anderen Worten: das Kontingent umfaßt insgesamt 120.000 Soldaten. Die Realisierung eines solchen Vorhabens erfordert neben der Bereitstellung immenser Finanzmittel auch die entsprechende Logistik. Zu diesem Zweck wurden drei Gremien beschlossen, die den Ausbau der Militärunion manifestieren und zusätzlichen Konfliktstoff mit den USA bedeuten, weil hier parallele und von der NATO unabhängige Strukturen geschaffen werden.<sup>46</sup>

Ein ständiger Ausschuß für politische und Sicherheitsfragen (APS) soll mit der Aufgabe betraut werden, die mit der politischen Kontrolle und der strategischen Leitung von zukünftigen Militärinterventionen der EU umrissen sind. Ein Militärausschuß (MA) soll die Befugnis zur Entscheidung für militärische Interventionen haben. Dieses Gremium ist zusammengesetzt aus den Stabschefs der Mitgliedstaaten und wird anstelle des EU-Parlamentes, welchem allenfalls die Anhörung und ein Rückholgebot, nicht aber ein Parlamentsvorbehalt zugestanden wird, über Krieg und Frieden entscheiden. Ein Militärstab (MS) soll unterstützend und strategisch beratend dem Militärausschuß zur Seite gestellt werden. In diesem dritten Gremium, welches gleichsam als ein »think tank« für militärisches Fachwissen gelten kann, sollen militärische Lageanalysen gemacht werden, die der EU als »Frühwarnsystem« dienen.

Als (vorübergehende) Kompromißformel hinsichtlich des Verhältnisses zwischen EU und NATO wurde auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Abschlußdokument schriftlich festgehalten: »Der Europäische Rat unterstreicht seine Entschlossenheit, die Union in die Lage zu versetzen, autonom Beschlüsse zu fassen und in den Fällen, in denen die NATO als Ganzes nicht einbezogen ist, als Reaktion auf internationale Krisen EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen.«<sup>47</sup> Die US-amerikanische Toleranzgrenze war dennoch erreicht. Auf der NATO-Außenministertagung in Brüssel, nur wenige Tage nach dem EU-Gipfel in Helsinki mußten sich die Außenminister auf Drängen der USA zu dieser Formulierung verpflichten: »Wir erkennen die Entschlossenheit der Europäischen Union an, die Kapazität für autonome Aktionen zu besitzen, so daß sie Entscheidungen treffen und

<sup>45</sup> *Handelsblatt* vom 10./11. Dezember 1999.

<sup>46</sup> Vgl. Georg Polikeit: »Groß-Europa« wird weiter ausgebaut«, in: *ZU* vom 24. Dezember 1999.

<sup>47</sup> Dokumentation der *FR* vom 24. Juli 2000; siehe auch Europäischer Rat (Helsinki), 10. und 11. Dezember 1999, »Schlußfolgerungen des Vorsitzes«, II. Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Internet: <[http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99\\_de.htm](http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99_de.htm)>, darin: »Die NATO bleibt das Fundament der kollektiven Verteidigung ihrer Mitglieder und wird weiterhin eine wichtige Rolle bei der Krisenbewältigung haben.« – Fast schon komisch mutet diese trickreiche Geringschätzung der NATO an, wenn sie nur noch eine »wichtige Rolle«, aber nicht mehr die wichtigste spielen soll.



militärische Maßnahmen billigen kann, sofern die Allianz als Ganzes [mithin auch die USA; MH] nicht engagiert ist. Wir nehmen zur Kenntnis, daß dieser Prozeß unnötige Duplizierung vermeiden wird und nicht die Schaffung einer europäischen Armee impliziert.«<sup>48</sup> In einem Zeitungsinterview stellte der US-Verteidigungsminister Cohen in bisher nicht dagewesener Deutlichkeit klar, daß eine separate, autonome europäische Militärorganisation das transatlantische Bündnis sprengen werde, was die USA nicht hinnehmen würden: »Nur eine der NATO klar untergeordnete europäische Komponente findet die Zustimmung der USA.«<sup>49</sup> Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Frühjahr 2000 präzisierte Cohen noch einmal in aller Deutlichkeit, was die USA von der EU erwarteten: »Ich würde gerne kurz auf die ESVI eingehen, denn dafür engagieren sich die Europäer stark, und offen gesagt stehen auch wir in den Vereinigten Staaten dem positiv gegenüber und wollen die ESVI unterstützen, wenn sie genau das tut, was Generalsekretär Robertson vorhin sagte – nämlich drei Dinge beachtet: Unteilbarkeit – es darf keine Trennung der Verbindung zwischen NATO und ESVI geben. Verbesserungen – Fähigkeiten, die wir heute nicht haben, müssen aufgebaut werden. Einbindung – alle NATO-Länder, die nicht Teil der EU sind, müssen Zugang zum Planungs- und Vorbereitungsteil haben, sonst wird es Widerstände gegen die umfassende Zusammenarbeit zwischen NATO und ESVI geben. Dies sind die entscheidenden Bestandteile, und wenn sie beachtet werden, wird es keine Probleme geben.«<sup>50</sup>

Seit April 2000 sammelte die EU-Interventionstruppe, bzw. das Eurokorps konkrete praktische Erfahrungen, indem es offiziell und mit Zustimmung der USA die Führung der KFOR-Soldaten im Kosovo übernahm. Im Juni 2000 tagte der Europäische Rat im portugiesischen Feira. Inhaltlich beschäftigten sich die Teilnehmer mit dem Problem der Beteiligung sogenannter »Drittländer« an EU-Militäraktionen. Als »Drittländer« sind dabei vor allem NATO-Länder gemeint, die nicht oder noch nicht der EU angehörten (Türkei, Polen, Tschechien und Norwegen). Der neuralgische Punkt des Problems befand sich in der vermeintlichen Loyalität mancher dieser Staaten gegenüber den USA, die etwa über die Türkei versuchten auf die verteidigungspolitischen Autonomiebestrebungen der EU Einfluß auszuüben. Die türkische Regierung forderte zum Beispiel eine volle Mitbestimmung bei militärischen Beschlüssen der EU, gilt aber vor allem als enger Verbündeter der USA.

Für den Aufbau ziviler Fähigkeiten sind ebenfalls Planziele aufgestellt worden. Es wurde festgelegt, daß die EU bis 2003 in der Lage sein soll, bis zu 5000 Polizisten, davon 1000 innerhalb von 30 Tagen, für eigene oder von internationalen Organisationen (vor allem UN und OSZE) geplante Einsätze bereitzustellen. Ein weiterer zentraler Punkt des Abschlußgipfels der damaligen portugiesischen Präsidentschaft war die Ausarbeitung einer engeren Zusammenarbeit zwischen NATO und EU. Nach den »Schlußfolgerungen des Vorsitzes« von Feira sollte sich diese Ausarbeitung zunächst auf vier Bereiche konzentrieren: Erstens auf den Bereich der Sicherheit, zweitens auf das Erfordernis zur Festlegung von Fähigkeitszielen, drittens auf die Gewährleistung des Zugangs der EU zu Mitteln und Fähigkeiten der NATO und viertens auf das Erfordernis der Festlegung von Dauervereinbarungen.<sup>51</sup> Der Vertrag von Nizza markiert den vorläufigen Höhepunkt

---

<sup>48</sup> »Kommuniqué«, Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Außenminister, Brüssel 15. Dezember 1999, NATO-Homepage im Internet: <<http://www.nato.int>>.

<sup>49</sup> Interview mit US-Verteidigungsminister Cohen, in: *Soldat und Technik* (SuT), 3/2000.

<sup>50</sup> Cohen zit. n. *Europäische Sicherheit*, Nr. 3/2000.

<sup>51</sup> Vgl. Europäischer Rat (Santa Maria da Feira), 19. und 20. Juni 2000, »Schlußfolgerungen des Vorsitzes, C. Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik«, Internet: <[http://www.europarl.eu.int/summits/fei1\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/summits/fei1_de.htm)>.

der Aufbauphase der neuen ESVP-Strukturen. Der Europäische Rat hat auf dem EU-Gipfel im Dezember 2000 für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik äußerst relevante Beschlüsse gefaßt.<sup>52</sup>

Die Staats- und Regierungschefs billigten die neuen Militärinstitutionen, den ständigen Ausschuß für politische und Sicherheitsfragen (APS), Militärausschuß (MA) und den Militärstab (MS). Das APS hat nach Titel V, Artikel 25 des EU-Vertrags die Aufgabe, die internationale Lage zu verfolgen, Stellungnahmen zur Festlegung von Maßnahmen im Bereich der ESVP an den Rat zu übergeben und die Durchführung dieser Entscheidungen zu überwachen. Im Falle einer Krise fällt dem sicherheitspolitischen Ausschuß eine Sonderrolle zu; es soll die politische Kontrolle und strategische Leitung sämtlicher militärischer Aktionen übernehmen. Der Militärausschuß, welcher sich aus den Generalstabschefs der EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt, berät das APS in allen militärischen Angelegenheiten, gibt ihm gegenüber praktische Empfehlungen ab und nimmt die Leitung aller militärischen Aktivitäten im Rahmen der ESVP wahr. Der Militärstab ist mit den drei operativen Hauptfunktionen der Frühwarnung, der Lagebeurteilung und der strategischen Planung beauftragt. Er wird auf Weisung des Militärausschusses tätig.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis von Nizza stellt die Abänderung des Artikels 17 im Titel V des EU-Vertrags dar. Darin werden alle operativen Bezüge der EU auf die WEU gestrichen. Da sich die verteidigungspolitischen Kompetenzen nun in der EU konzentrieren, verliert die WEU ihre Position als »traditionelle[s] Forum für eine rein europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit«. <sup>53</sup> Der damaligen Aufwertung, die die WEU durch die Zuweisung ihrer Rolle als eines integralen Bestandteils des verteidigungspolitischen Armes der EU im Amsterdamer Vertrag erfuhr, folgt faktisch ihre Auflösung. Schon im November 2000 war bei dem WEU-Ministertreffen in Marseille die Übertragung der Petersberger-Aufgaben (humanitäre Hilfe, friedenserhaltende Maßnahmen sowie Kampfeinsätze) und einer Reihe weiterer Funktionen der WEU an die EU bestätigt worden. Die WEU tauchte seither nur noch als Bezugsrahmen für eine engere bilaterale Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten auf; sie wurde nunmehr durch den Verlust ihrer operativen Funktionen auf eine vertragliche Hülle reduziert,<sup>54</sup> welche jedoch durch die fortbestehende Gültigkeit des Artikel V im WEU-Vertrag nicht ohne weiteres aufgelöst werden kann. Die darin verankerte Verpflichtung zur kollektiven transatlantischen Verteidigung wird allerdings auch nicht in den EU-Vertrag übernommen. Sie bleibt Teil des Vertrags der WEU, die nach den Lippenbekenntnissen der europäischen Vertragspartner als europäischer Pfeiler der NATO unumstritten bleiben soll.<sup>55</sup> Faktisch aber wäre die neue Militärmacht EU an keine kollektiven Bündnisverpflichtungen etwa zur NATO gebunden, während man sich auf die WEU als leere Hülle nicht mehr zu beziehen bräuchte. Weil die USA eben diesen schleichenden und listenreichen Autonomieprozeß durchschaut und diplomatischen Druck ausgeübt hatten, wurden in Nizza auch Regelungen zur Zusammenarbeit der EU mit der NATO beschlossen. Ein Programm von Konsultations- und

<sup>52</sup> Vgl. Rudolf G. Adam: »Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union nach dem Vertrag von Nizza«, in: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hg.): *Europäische Außenpolitik, GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedstaaten*, Baden-Baden 2002, S. 137.

<sup>53</sup> George Robertson: »Die NATO und die EU: Partner oder Rivalen?«, in: Werner Hoyer / Gerd Kaldrack (Hg.): *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – Der Weg zu integrierten Streitkräften?*, Baden-Baden 2002, S. 183.

<sup>54</sup> Vgl. Franco Algieri: »Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik«, in: Werner Weidenfeld (Hg.): *Europa-Handbuch*, Gütersloh 2002, S. 590.

<sup>55</sup> Vgl. Klaus Stinnertz: »Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)«, S. 2, Internet: <<http://www.europa-reden.de/info/esvp.htm>>.

Mitwirkungsrechten zur hinreichenden Einbeziehung in die konzeptionelle Willensbildung für EU-Beitrittskandidaten und europäische NATO-Mitglieder, die nicht der EU angehören (Drittstaaten) wurde festgelegt.<sup>56</sup> Diese Zugeständnisse sind mit Blick auf die kapazitäre Abhängigkeit von den militärischen Fähigkeiten der NATO wohl noch für eine längere Zeit logisch konsequent.

Auf dem ebenfalls im Dezember 2000 stattgefundenen NATO-Außenministertreffen sollte es um die vertragliche Vereinbarung der konkreten EU-Beschlüsse hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO gehen. Aber die türkische Regierung blockierte den Entscheidungsfindungsprozeß innerhalb des transatlantischen Verteidigungsbündnisses, so daß es zunächst zu keiner Einigung kommen konnte hinsichtlich der Frage, inwieweit die EU bei militärischen Interventionen auf die Planungskapazitäten der NATO zurückgreifen könne. Die EU-Außenminister planten ein Abkommen mit der NATO, um solche Rückgriffe möglich zu machen. – Über diesen Weg nahm das NATO-Mitglied Türkei Einfluß auf den Autonomieprozeß der EU; sie verlangte, bei zukünftigen EU-Militärintervention konsultiert zu werden und forderte darüber hinaus eine direkte Mitwirkung an allen Entscheidungen. Die Türkei forderte dieses volle Mitspracherecht mit der Begründung, aller Wahrscheinlichkeit nach werde es sich bei zukünftigen EU-Militärinterventionen um strategische Regionen handeln, die in der unmittelbaren Nachbarschaft der Türkei liegen werden und damit die Interessen der Türkei berührten, etwa weil es aufgrund von Kriegen zu regionalen Wirtschaftskrisen, Flüchtlingsströmen und regionalen Hegemonieverlust komme oder weil es eben um die Kontrolle von Rohstoffen gehe. Die EU-Staaten zeigten sich schließlich auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen kompromißbereit und räumten der Türkei ein Mitspracherecht, das heißt ein Vetorecht auch für EU-autonome Einsätze ein. Die *Frankfurter Rundschau* kommentierte in ungewohnt machtbewußter Art: »(...) der Türkei in die Hand zugeben, wo die zukünftige EU-Eingreiftruppe aktiv werden darf, ist ein schwerer Fall politischer Blödheit (...). Die nationalen Sicherheitsinteressen Ankaras vorauseilend respektieren, das schlägt der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Beine weg.«<sup>57</sup>

Im April 2001 veranlaßte die EU den Aufbau des eigenen Satelliten-Navigationssystems (»Galileo«), um sich von der Abhängigkeit vom US-amerikanischen GPS (Global Positioning Systems) freizumachen. Die Einsatzbereitschaft von »Galileo« wurde auf das Jahr 2008 festgelegt. Inwieweit dieser straffe Zeitplan eingehalten wird, ist allerdings fraglich, da die Finanzierung von »Galileo« alles andere als gesichert erscheint.

Ende November 2001 bilanzierten die EU-europäischen Außen- und Verteidigungsminister, daß inzwischen Zweidrittel der Anforderungen an eine autonome EU-Eingreiftruppe erfüllt seien.<sup>58</sup> Das Lufttransportproblem (Militär-Airbus A400M) soll bis 2007 gelöst worden sein; die Defizite in der Luftbetankung und Aufklärung bis 2012. Trotz dieser aus Sicht der Akteure eher ernüchternden Zwischenbilanz, erklärte im Dezember 2001 der Vorsitz des Europäischen Rats in Laeken, die EU sei nunmehr in der Lage, eigene militärische Operationen durchzuführen.<sup>59</sup> Diese etwas voreilig erscheinende Nachricht mag dem Umstand geschuldet gewesen sein, daß wenige Wochen zuvor, am 11. September 2001 zwei von Selbstmordattentätern entführte Passagierflugzeuge in das World Trade Center

---

<sup>56</sup> Vgl. Rudolf G. Adam: »Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union nach dem Vertrag von Nizza«, a.a.O., S. 139.

<sup>57</sup> *FR* vom 12. Januar 2002.

<sup>58</sup> Vgl. *FAZ* vom 19. November 2001.

<sup>59</sup> »Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates in Laeken«, Anlage II, Internet: <<http://www.bundesregierung.de/artikel,-65427/Schlussfolgerungen-des-Vorsitz.htm>>.

in New York und ein weiteres Flugzeug in das Pentagon-Gebäude in Washington gelenkt wurden und kurze Zeit später der NATO-Bündnisfall (Artikel 5) ausgerufen wurde. Seither befindet sich die NATO unter der Führung der USA im »Krieg gegen den Terrorismus«. Die EU wird sich also unter Zugzwang befunden haben, ihre »Europäische Verteidigungs- und Sicherheitsidentität« zügig zu realisieren, um nicht von den neuen Verhältnissen überrannt zu werden.

Die USA konnten nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ihre Rolle als Hegemon in der Welt behaupten, indem sie die neue Sicherheitsbedrohung durch den Terrorismus als Anlaß benutzten, massiv aufzurüsten und Kriege zu führen. Der Deutsche Außenminister Joschka Fischer benannte den Umstand in sehr klaren Worten. »Der 11. September hat zu einer Achsenverschiebung geführt, und wir Europäer müssen darauf achten, nicht an den Rand gedrängt zu werden. Wenn wir getrennt bleiben, werden wir unsere Rolle in der Welt und bei ihrer Gestaltung nicht wahrnehmen können.«<sup>60</sup>

Bereits seit dem Wechsel der US-Administration von Bill Clinton zu George W. Bush im Jahre 2000 fand sich auch bei Jürgen Habermas eine Bezugnahme auf eine zu schaffende europäische Identität *durch* Abgrenzung zu den USA, welche mit Bush eine »betont nationale Orientierung« vorgenommen hat. Dies stelle eine Chance für die EU dar, »ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Hinblick auf die Konflikte im Nahen Osten und auf dem Balkan wie auch im Verhältnis zu Rußland und China stärker zu profilieren. Die offener zu Tage tretenden Differenzen in der Umwelt-, Rüstungs- und der Rechtspolitik tragen zur lautlosen Festigung einer europäischen Identität bei.«<sup>61</sup> Hierzu gehöre auch, daß »die Europäische Union, gestützt auf eigene Streitkräfte, in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme spricht, um in der NATO und im UN-Sicherheitsrat eigene Vorstellungen besser zur Geltung zu bringen.«<sup>62</sup>

Nachdem sich der »Krieg gegen den Terror« gegen das Taliban-Regime in Afghanistan gerichtet hatte und 2003 die USA um Verbündete für einen Krieg zum Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein warben, aber vor allem die deutsche und französische Regierung einen Krieg gegen den Irak zu verhindern suchten und der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die EU in ein kriegsunwilliges »altes« und ein kriegswilliges »neues« Europa teilte, plädierte Habermas für ein strategisches »Kerneuropa«, welches sich aus der »Koalition der Unwilligen«, mithin aus dem »alten Europa« zusammensetze: »Wenn Europa nicht auseinander fallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismen der ›verstärkten Zusammenarbeit‹ Gebrauch machen, um in einem ›Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‹ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen. (...) Im Rahmen der künftigen europäischen Verfassung darf und kann es keinen Separatismus geben. Vorangehen heißt nicht ausschließen. Das avantgardistische Kerneuropa darf sich nicht zu einem Kleineuropa verfestigen; es muß – wie so oft – die Lokomotive sein.«<sup>63</sup> Jener Teil Europas, den Rumsfeld als »alt« bezeichnete, ist der »Kern« und Motor der EU, der die bisher erreichten Integrationsschritte gegen mögliche

<sup>60</sup> SZ vom 18. Oktober 2001.

<sup>61</sup> Jürgen Habermas: »Braucht Europa eine Verfassung?«, in: ders.: *Zeit der Übergänge*, Frankfurt am Main 2001, S. 104-129; S. 125.

<sup>62</sup> Ebd., S. 106.

<sup>63</sup> Jürgen Habermas / Jacques Derrida: »Der 15. Februar oder: Was die Europäer verbindet«, in: FAZ vom 31. Mai 2003. – An dem gemeinsamen Aufruf, der in verschiedenen namhaften europäischen Zeitungen veröffentlicht wurde, beteiligten sich auch Umberto Eco, Adolf Muschg, Richard Rorty, Fernando Savater und Gianni Vattimo. – Siehe das Interview mit Jürgen Habermas: »Gegenmacht Europa? Nachfragen«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Juli 2003, S. 801-806.

Regressionen am besten sichere, wenn er seine avantgardistische Integrationsbereitschaft notfalls auch gegen die im Rahmen der »Koalition der Willigen« näher an die USA gerückten osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten entschieden durchsetze.

Habermas hatte ein »Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten« schon früher vertreten: »Besser als ein Zerbrechen oder Zerbröseln ist allemal ein Europa der zwei oder drei Geschwindigkeiten.«<sup>64</sup> – Neu daran war allerdings nunmehr, daß er argumentativ für das Voranschreiten der europäischen Integration gleichsam die Konfrontation mit den USA in Anschlag brachte. Habermas hatte zuvor mehrfach geschrieben, daß der deutsche Staat Normalität nur dann für sich beanspruchen könne, wenn er durch eine »Dialektik der Normalisierung« hindurchgegangen sei, also eine adäquate Aufarbeitung der Vergangenheit geleistet und daraus auf Dauer *postnationale* Konsequenzen gezogen habe, bzw. sich ernsthaft die *westlichen* Werte hinsichtlich Republik-, Staatsvolk- und Freiheitsverständnis zueigen gemacht habe, die in der Zukunft erst als *deutsche* Traditionen erscheinen könnten.<sup>65</sup> Die diplomatische Konfrontation der EU mit den USA beförderte nun den Abschluß des deutschen, undialektischen Normalisierungsprozesses in Europa, weil ein neuer Motivationsherd für die Integration an die Stelle des alten und aus der Perspektive des deutschen Staates lästigen Motivationsherdes – der Eindämmung Deutschlands durch europäische Westbindung – rückte.

Das integrierte Europa sucht ein eigenständiges Militärbündnis anzustreben, weil Europa und die USA nicht nur Partner sind, sondern auch Konkurrenten. Nachdem sich die bipolare Welt aufgelöst hat, sind beide sogar wieder vermehrt Konkurrenten, denn durch den Wegfall der äußerlichen »kommunistischen Bedrohung« sind die zusammenhaltenden Mechanismen schwächer, die auseinandertreibenden Konkurrenzmechanismen stärker geworden. Die USA und Europa besitzen noch eine ähnliche ökonomische Stärke, aber in absehbarer Zeit wird Europa die USA darin überholen. Militärisch sind die USA dagegen Europa weit überlegen. Der US-Etat für Rüstungsausgaben von nahezu 400 Milliarden US-Dollar ist beinahe dreimal so hoch wie derjenige aller anderen NATO-Staaten zusammen, die summa summarum lediglich auf annähernd 140 Milliarden US-Dollar kommen. Deutschland allein bringt lediglich 21 Milliarden US-Dollar (fünf Prozent des US-amerikanischen Niveaus) zustande. Die Anhebung des US-Wehretats im Jahr 2002 um weitere 48 Milliarden US-Dollar übersteigt den gesamten deutschen Wehretat um das Doppelte. Deutschland, Frankreich und Großbritannien erreichen mit ihren Wehretats zusammengerechnet lediglich 20 Prozent des US-Niveaus.<sup>66</sup>

Die USA erreichen bald 50 Prozent der weltweiten Militärausgaben und stellen dadurch sicher, daß ihnen auf sehr lange Zeit die bestausgerüstete, modernste und schlagkräftigste Militärstreitmacht der Welt gehören. Das Wettrüsten zwischen den USA und Europa hat längst begonnen. Das integrierte Europa wird dabei noch auf sehr lange Sicht den USA hinterhereifern ohne wirkliche Aussicht, ihnen militärisch den Rang abzulaufen. Es muß währenddessen eine zweigleisige Strategie fahren, um seine strategischen Interessen in der Welt einerseits in Zusammenarbeit mit den USA und andererseits gegen die USA durchzusetzen. Die militärische Intervention obliegt dabei der Führung der US-Streitkräfte, während den europäischen Staaten

---

<sup>64</sup> Jürgen Habermas: »Braucht Europa eine Verfassung?«, a.a.O., S. 125. – »Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, das sich vorübergehend nach Kern und Peripherie gliedert, könnte auch die mit der Osterweiterung verbundenen Probleme mildern.« – Ebd., S. 127.

<sup>65</sup> Jürgen Habermas: »Grenzen des Neohistorismus«, in: ders.: *Die nachholende Revolution*, Frankfurt am Main 1990, S. 149-156; S. 155.

<sup>66</sup> Vgl. Jürgen Grässlin: »Bronze für Deutschland«, in: *Zeitung zum Sonntag* vom 24. Juni 2001.

die Verantwortung des »nation building« zukommt. Diese »Aufgabenteilung« sichert auch den europäischen Staaten ihren Anteil an »Kriegsbeuten«.

Sie profitieren dabei in vielen Regionen der Welt, wo die USA in ihrer Geschichte auch mit korrupten oder rabiatischen Mitteln, das heißt als Aggressor engagiert gewesen sind (etwa in der Golfregion), von einem weit verbreiteten Anti-Amerikanismus, der den Aufbau guter bilateraler und wirtschaftlicher Beziehungen mit diesen Ländern erleichtert. So ist zum Beispiel die europäische Position zum Nahost-Konflikt davon beeinflusst, daß man nicht wie die USA die Sympathien der arabischen Länder verspielen möchte. – Immerhin besitzen diese im Gegensatz zu Israel die Verfügungsgewalt über die für Industriestaaten lebensnotwendigen Rohstoffvorkommen. Während die USA im Nahen Osten mehr oder weniger entschieden als Schutzmacht für Israel eintreten und sich ihren Zugang zu den Rohstoffquellen in den arabischen Ländern mit militärischer Gewalt verschaffen, nehmen die europäischen Staaten offiziell eine Äquidistanz zu Israel und Palästina ein und versuchen zwischen den auseinanderdivergierenden Interessen zu vermitteln.

Riskant ist die bewußte Konfrontation der EU mit den USA deshalb, weil der Fortbestand einer transatlantischen Partnerschaft, der »westlichen Wertegemeinschaft«, kein Naturgesetz darstellt und ihr Auseinanderbrechen nur eine Frage der Gewichte ist, die zur Beschwerung auf sie gelegt werden. Ein kriegerischer Konflikt zwischen der EU und den USA wäre irgendwann nicht mehr kategorisch auszuschließen. Andrei Markovitz sagt: »Die Schlüsselfrage heißt (...): Europa contra USA. Hier gibt es die Gefahr einer Zuspitzung. Es ist kein geringerer als der Harvard-Ökonom und Präsidentenberater Martin Feldstein, der in den letzten Jahren mehrfach prognostiziert hat, daß er einen sogar atlantischen Krieg für möglich halte. Möglicherweise ist das übertrieben. Aber die antagonistische Dynamik ist da. Nicht nur wegen der Währungskonkurrenz Euro versus Dollar. Es geht auch um die Identität des sich herausbildenden Euro-Staates: Ich habe sehr viele Studien über das State-and-Nation-Building betrieben. Jede Nation entsteht, indem sie sich von echten oder imaginierten Feinden abgrenzt. Heute kann niemand sagen, auf was die Euro-Nation gründen soll – ihre Werte sind nebulös. Um etwas zu werden, muß man ›das andere‹ ablehnen. Um eine Identität zu bekommen, muß man eine Anti-Identität entwickeln. Also könnte auch hier als Geburtshelfer eine Negativ-Abgrenzung zum Tragen kommen. – Europa konstituiert sich als Anti-Amerika.«<sup>67</sup>

Es wäre kein regional begrenzter Krieg, sondern ein Weltkrieg, der durch die Konfrontation der EU mit den USA wahrscheinlich wird. Auch wenn das gegenwärtig noch als sehr unwahrscheinlich gelten darf, gänzlich auszuschließen ist ein solcher Weltkrieg keineswegs. Spätestens in diesem Augenblick wäre die Normalisierung an das Ende ihrer radikal dynamisierten Norm gelangt, und die Fratze eines modernen Imperialismus käme evident wieder zum Vorschein. Das heißt mit anderen Worten, daß die Ideologie ihre Hülle abstreift und zum drohenden Antlitz der Welt werden würde. Der »eigenen Gestalt nach« ginge sie erneut »in Terror über«<sup>68</sup>.

---

<sup>67</sup> Andrei Markovitz: »Whistling in the Dark«, in: Markovitz / Elsässer (Hg.): ›Die Fratze der eigenen Geschichte‹. Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawienkrieg, Berlin 1999, S. 77.

<sup>68</sup> Theodor W. Adorno: »Beitrag zur Ideologienlehre« (1954), in: ders.: *Soziologische Schriften I*, Frankfurt am Main 1979, S. 477.